

# „Auf Jamaika hagelt es gerade“

Es war der süße Rahm der Rache: Roland Koch hat Hessens Landtagsmehrheit bei der Abschaffung der Studiengebühren gegen die Wand laufen lassen – und damit riskiert, sie fester zusammenzuschmieden.

VON ALEXANDER NORTRUP

**Wiesbaden/Frankfurt.** Für die geschundene Seele des Roland Koch dürfte es der Augenblick der Genugtuung gewesen sein. Die Agenda seiner politischen Gegner sah schließlich vor, Hessens geschäftsführenden Ministerpräsidenten ausgerechnet bei seinem Prestigeobjekt Studiengebühren nach allen Regeln der Kunst vorzuführen. Sie wollten am Dienstag das Gesetz zur Abschaffung der Uni-Maut im hessischen Parlament verabschieden, in dem Koch seit neun Jahren als Ministerpräsident ein- und ausgeht.

Im frisch renovierten hessischen Landtagsgebäude, einer modernen Glaskonstruktion, eingebettet ins barocke Wiesbadener Schloss, riecht es noch nach Farbe. Natürlich hätte Koch sich bei der Parlamentsöffnung Anfang April gern wieder wählen lassen. Doch seit der verheerenden Niederlage bei der Landtagswahl Ende Januar steht er als Regierungschef ohne Mehrheit da. Zwölf Prozent Verlust für die CDU, dazu der Einzug der Linkspartei in den Landtag – es reichte nicht mehr für die bürgerliche Koalition, geschweige denn für eine Alleinregierung, wie noch in der vorangegangenen Legislaturperiode. Und nun auch noch die Abschaffung der Studiengebühren, medienwirksam aufbereitet und zügig exekutiert. Das schmerzte.

Denn wehren konnte er sich nicht dagegen. Eigentlich. Doch dann kam eben die Chance zur Revanche. Die linke Mehrheit aus SPD, Grünen und Linkspartei wollte noch vor der Sommerpause ein Zeichen setzen. Schon vom kommenden Wintersemester an sollten hessische Studenten nicht mehr die 500 Euro Studiengebühr im Semester zahlen. Deshalb wurde ein schnell gestrickter Text zur Abstimmung gestellt – mit einem verheerenden Lapsus: Es fehlte der zentrale Satz, in dem festgelegt wird, von wann an die Abschaffung gelten sollte. Bei einer Sitzung von Haushalts- und Wissenschaftsausschuss wurde die fehlerhafte Version beraten, ebenso bei der abschließenden zweiten Lesung am Dienstag.

Das Gesetz wurde fehlerhaft verabschiedet. Koch ließ die Opposition ins offene Messer rennen. Denn der gelehrte Jurist hatte den Fehler im Gesetzestext schnell erkannt. Und wusste, was zu tun war: politisches Kapital daraus schlagen, je brutaler, desto besser. Am Donnerstagmittag genoss die Landtagsmehrheit noch ihren Sieg: Andrea Ypsilanti, Tarek Al-Wazir und Willi van Ooyen, die Frak-



Zu früh gefreut: Andrea Ypsilanti, Tarek Al-Wazir und Willi van Ooyen beim Anschneiden ihrer Torte des Triumphes. dpa

tionschefs von SPD, Grünen und Linken, machten sich grinsend über eine Torte zur Feier des Triumphes her. Drei Stunden später, kurz vor Beginn der Parlamentsferien, ließ Koch die Bombe platzen: Er werde das Gesetz nicht unterzeichnen, weil es „handwerkliche Mängel“ aufweise, verkündete er kurz und knapp im Landtag. Und fügte süffisant hinzu: „Wir sind Berater, aber nicht Kindermädchen der Mehrheitsfraktionen“. Helle Aufregung im Saal, wütende Proteste der Opposition. Später entspannte sich die Situation zwar wieder, weil der Ältestenrat beschloss, dass am 17. Juni auf einer Sondersitzung des Landtages die korrigierte Version des Gesetzes doch noch verabschiedet werden kann. Doch der Stich hatte gesessen. Koch, der als „Partner des Parlaments“ angetreten war, zeigte seine politische Unberechenbarkeit.

Studiengebühren hin oder her: Inhalte zählen im Augenblick nicht viel in Wiesbaden. Die spannende Frage im hessischen Chaos dieser Tage ist die nach der Macht. Wer genau hat eigentlich das Sagen? Formal ist die Landesregierung am 5. April zurückgetreten, die Minister und ihr Ministerpräsident sind nur noch geschäftsführend im Amt. Das Problem der Mächtigen: CDU und FDP haben keine Mehrheit für eine Auflösung des Landta-

ges und damit Neuwahlen, SPD und Grüne haben keine Mehrheit zur Wahl eines Ministerpräsidenten, und mit den Linken mag sich die SPD – bisher – nicht einlassen. Das politische Patt wird bis zu den Haushaltsberatungen im Winter weitergehen. Sollten diese scheitern, führt kein Weg mehr an der Neuwahl vorbei.

Allerdings sieht die jüngste Forsa-Umfrage Hessens Sozialdemokraten nur noch bei 27 Prozent, CDU und FDP zusammen dagegen bei 51 Prozent. Klar, dass viele SPD-Abgeordnete gegen Neuwahlen sind – sie würden ihre Mandate riskieren. Auf die Frage, wie seine Partei denn Neuwahlen verhindern wolle, sagt SPD-Presse-sprecher Frank Steibli erst lange nichts. Dann formuliert er vorsichtig: „Wahlen sind grundsätzlich nichts Lebensbedrohliches für uns. Wir haben keine Angst vor Neuwahlen.“ Die SPD gehe von einem Fünf-Parteien-System aus, und da müsse man anders arbeiten als bisher. Vor allem müsse man mit allen reden: „Es gibt eine Kernkommunikation mit den Grünen. Aber wir wollen auch bei Linken und FDP schauen, wo wir inhaltlich andocken können.“ Zwischen CDU und SPD dagegen hat heftige Feindschaft in Hessen schon Tradition.

Manchmal sagt Körperhaltung mehr als tausend Worte. Kerzengerade, eine Hand in der Hosentasche, steht Tarek Al-Wazir, Hessens Grünen-Fraktionschef, vor den Fernsehkameras. Ob Jamaika, also eine Koalition von CDU, FDP und Grünen, nun nicht mehr komme, wird er gefragt. Al-Wazir antwortet vielsagend: „Auf Jamaika hagelt es gerade.“ Der grüne Senkrechtstarter gilt als ausgebuffter Polit-Profi, der mittelfristig auch bundespolitische Ambitionen haben könnte. Al-Wazir hat immer gesagt, er halte Jamaika für die „unwahrscheinlichste“ Version. Dennoch hört die CDU nicht auf, um ihn und die Seinen zu werben: „Wir haben uns nach der Landtagswahl bei einigen sachpolitischen Themen bewegt und den Grünen Schnittmengen aufgezeigt, ohne uns zu verbiegen“, sagt Axel Wintermeyer, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Jetzt sei es an Tarek Al-Wazir, „die nötigen Schlüsse zu ziehen“.

Die Annäherungsversuche der CDU kommen für Elke Cezanne, Pressesprecherin der Grünen-Fraktion im hessischen Landtag, nicht überraschend: „Koch ist ein Zocker. Das war er immer.“ Wer den politischen Poker um die hessische Regierung gewinnt, ist seit Donnerstag allerdings wieder völlig offen.



Nur scheinbar in der Defensive – ein ganz entspannter Roland Koch am Tag der Abstimmung gegen die Studiengebühren. dpa

# Der erste Test für Tillich

In Sachsen werden Sonntag neue Kreistage gewählt

VON KLAUS WALLBAUM

**Dresden/Hannover.** Die CDU blickt an diesem Wochenende gebannt nach Sachsen, obwohl dort doch eigentlich „nur“ die Kommunalparlamente neu gewählt werden. Tatsächlich geht es um die Frage, ob sich der Personalwechsel an der Spitze des Landes für die größte Regierungspartei ausgezahlt hat. Der erst vor wenigen Wochen ins Amt gekommene Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) steht vor seiner ersten großen Bewährungsprobe – und das vor allem in der Landeshauptstadt Dresden. Dort versucht die bisherige Sozialministerin Helma Orosz, neue Oberbürgermeisterin zu werden. Ihre Chancen auf einen Sieg schon im ersten Wahlgang sind nicht schlecht.

Wenn Orosz es auf Anhieb schaffen sollte und die CDU ihre Position als landesweit stärkste Kraft in den Kommunen deutlich behauptet, dann wäre die politische Krise für die CDU im Freistaat beendet. Der neue Ministerpräsident Tillich, der als fast Unbekannter in das politische Spitzenamt aufrückte, hätte dann eine wichtige Stärkung erfahren. Wenn aber die Christdemokraten schwächeln sollten und auch die Bastion Dresden nicht erobern, so wäre das ein schlechtes Omen für Tillich – und das ein Jahr vor den Landtagswahlen im Sommer 2009.

Die CDU stellt sich auf beides ein, denn die Zeiten, als sie unter Kurt Biedenkopf erfolgserwähnt war und jeder Wahl gelassen entgegensehen konnte, sind längst vorbei. Bei den Landtagswahlen 2004 stürzte die Partei so stark ab, dass sie die SPD als Juniorpartner in die Regierung holen musste. Den glücklosen Ministerpräsidenten Georg Milbradt, der von seinem Vorgänger Biedenkopf bekämpft worden war, hatte gerade in den letzten Monaten vor seinem Rücktritt im Mai die Fortune völlig verlassen – erst der Korruptionsskandal in der Justiz, der sich mittlerweile als aufgebauscht erwiesen zu haben scheint, dann die Krise um die Landesbank, die am Image des tüchtigen Finanzpolitikers Milbradt rüttelte. Dass sich Milbradt an der Spitze des Landes nicht mehr lange würde halten können, zeichnete sich schon 2007 ab – und man wollte eigentlich bis nach der Kommunalwahl mit Konsequenzen warten. Dann aber ging alles schneller, der Wechsel wurde auf Mai vorgezogen. Das hat für den Nachfolger Tillich nun die unangenehme Folge, dass er selbst für das Ergebnis der Wahlen am Sonntag in Haftung genommen werden kann.

Im Unterschied zu dem wenig öffentlichkeitswirksamen Milbradt, der 1990 aus Westdeutschland nach Sachsen kam, kann der gebürtige Sachse Tillich gut auf Menschen zugehen und Sympathien gewinnen. Sein Besuch beim Papst in der vergangenen Woche diente dem Zweck, auf sich aufmerksam zu machen. Außerdem spielt die CDU mit ihm die „Ost-Karte“: Nach den Westdeutschen Biedenkopf und Milbradt führt nun erstmals ein in der DDR aufgewachsener Politiker die Geschäfte der Landesregierung. Die taktische Überlegung der CDU ist, dass damit das Selbstwertgefühl der Sachsen gestärkt werden könnte. Ein Risiko gibt es allerdings auch: Der immer nette Tillich hat bisher noch kein politisches Profil, die Frage ist deshalb, ob er überhaupt als politische Autorität angenommen wird.

Die Antwort wird nach der Kommunalwahl leichter fallen. Daneben verblissen die anderen Parteien völlig. Die traditionell in Sachsen sehr schwache SPD dürfte ihre Rolle bei dieser Kommunalwahl nicht sonderlich verbessern. Sie könnte aber in den zehn Landkreisen, die aus 22 alten Kreisen gebildet werden, bei den Landratswahlen gut abschneiden. Bei der Linkspartei hofft man auf einen satten Zuwachs, FDP und Grüne spielen eine Außenseiterrolle. Von besonderem Interesse wird noch das Abschneiden der rechtsextremen NPD sein. Sie hatte bei der Kommunalwahl 2004 in einigen Regionen, etwa in der Sächsischen Schweiz oder in Meißen, mehr als fünf Prozent erhalten – das war damals eine gute Startposition für den dann folgenden Einzug in den Landtag. Die Kommunalwahl kann jetzt darüber Aufschluss geben, ob der Höhenflug der Rechtsextremisten in Sachsen nur vorübergehend war oder sich vielleicht sogar noch verstärken wird.

In den Berliner Parteizentralen wird das Resultat der Abstimmung am Sonntag noch unter einem anderen Aspekt bewertet: Ist Die Linke in Ostdeutschland, wo sie traditionell schon stark war, auf dem Weg zur stärksten Partei? Sollte sich das in den sächsischen Kommunen abzeichnen, so wäre das von großer Bedeutung für die Wahlkampfstrategien. 2009 sind nämlich gleich drei Landtagswahlen in den neuen Ländern – neben Sachsen noch in Brandenburg und in Thüringen. Nach letzten Umfragen kann die Linke in allen Ländern zulegen.



Siegeschancen mit der „Ost-Karte“? Stanislaw Tillich. dpa

## NACHGEFRAGT ...

... bei JOSEF ESSER, Politikwissenschaftler an der Frankfurter Universität.



# „Koch hat einen Lacherfolg“

**Grüne sagen, derzeit mache man in Hessen Politik „nach Lehrbuch“, nämlich mit strikter Trennung von Regierung und Parlament. Stimmen Sie dem zu?**  
Absolut nicht. Parlamentsmehrheit und Regierung arbeiten im deutschen System stets eng zusammen. Die Situation in Hessen ist eine totale Ausnahme. Das hat vor allem praktische Gründe: Die Regierung verfügt über die Verwaltung. Die wichtigen Akteure sind ja ohnehin nicht die Minister, sondern die Abteilungsleiter und Mitarbeiter in den Ministerien.

**Ist denn ein handwerklicher Fehler im Gesetzgebungsverfahren, wie er SPD und Grünen unterlaufen ist, ungewöhnlich?**  
Absolut nicht. Normalerweise dringt das aber nicht an die Öffentlichkeit. Schließlich kommen 80 bis 90 Prozent aller Ge-

setzesvorlagen aus den Ministerien und sind dort schon eingehend durch Rechtsabteilungen geprüft worden. Ein Fall wie dieser zeigt, wie mächtig Regierungen sind, weil sie den Beamtenapparat für sich nutzen können. Da kommen Fraktionen mit ihren wenigen Mitarbeitern einfach nicht mit.

**Tut sich Roland Koch mit seiner Weigerung, das Gesetz zu unterschreiben, einen Gefallen?**

Koch hat sich damit einen Lacherfolg gesichert. Er hat aber möglicherweise nicht bedacht, dass er gleichzeitig die Reihen der Opposition geschlossen hat. Die internen Auseinandersetzungen bei SPD und Grünen werden nun erst einmal verstummen. Und die Grünen werden sich fragen, ob sie mit einer CDU, die so rück-

sichtslos die Arroganz der Macht beweist, eine Koalition eingehen wollen.

**Wie wird es in Hessen weitergehen?**  
Koch wird versuchen, die Grünen doch noch auf seine Seite zu ziehen. Denn auf seinen momentanen Vorsprung in den Umfragen kann er nicht viel geben. So etwas ändert sich schnell. Es kann aber auch ganz anders kommen. Die hessischen Grünen sind noch sehr dem alten rot-grünen Projekt verbunden. Und auch die hessische SPD ist verhältnismäßig links. Schon bei Schröders Agenda-Politik kam aus Hessen der stärkste Gegenwind. Wenn die SPD klug wäre, sollte sie mit der Linken koalieren. Inhaltlich ist die Schnittmenge jedenfalls groß.

Interview: Alexander Nortrup

# Die Bundeswehr darf gegen Piraten nichts ausrichten

Verteidigungsminister Jung wünscht mehr Befugnisse für die Marine – und setzt auf eine Grundgesetzänderung

VON KLAUS VON DER BRELIE

Der Kapitän der kanadischen Fregatte „Calgary“ ist nicht zimperlich. Als ihn diese Woche am Horn von Afrika ein Hilferuf eines Handelsschiffes erreichte, das von Piraten attackiert wird, lässt er sofort den Bordhubschrauber starten und dessen Waffen laden, um den bedrängten Seefahrern zu Hilfe zu kommen. Der Einsatz gelingt. Die Hubschrauberbesatzung schlägt zwei Piratenboote in die Flucht, der Frachter kann seine Fahrt im Indischen Ozean fortsetzen.

Hätte der Hilferuf die deutsche Fregatte „Emden“ erreicht, wäre womöglich auch ein Hubschrauber aufgestiegen. Aber dessen Besatzung hätte den Piraten vielleicht nur eine freundliches Lächeln abgenötigt. Denn bei den Seeräubern vor der somalischen Küste hat es sich herumgesprochen, dass sich die deutsche Marine dort wie die „Calgary“ zwar an der Anti-Terror-Mission „Enduring Freedom“ beteiligt, aber nicht befugt ist, gegen Kriminelle vorzugehen oder gar auf Piraten zu schießen.

Die Führung der deutschen Marine wünscht sich schon seit Jahren die Erlaubnis, aktiv zum Schutz der internationalen Seewege beitragen zu dürfen. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist ihr das erlaubt, etwa im Fall von Nothilfe. In der Regel muss sie tatenlos zusehen, wenn



Auf Kaperfahrt – Piraten am Horn von Afrika. ap

Kriminelle ein Schiff in ihre Gewalt gebracht haben und mit dessen Reederei um Lösegeld pokern. Immerhin, einmal ist es der „Emden“ vor der somalischen Küste gelungen, einem bedrängten Schiff Geleitschutz zu geben und so zu verhindern, dass es gekapert wird.

Auch wenn der UN-Sicherheitsrat in dieser Woche eine neue Rechtsgrundlage für den Kampf gegen Piratenbanden vor der somalischen Küste beschlossen hat und Kriegsschiffe jetzt erlaubt ist, in somalische Hoheitsgewässer einzudringen – für die deutsche Marine ändere sich

einstweilen nichts, erklärt das Verteidigungsministerium in Berlin. „Kriminelle dürfen nur von Polizeikräften bekämpft werden“, lautet die vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Grundregel, die sowohl für Einsätze im Inland als auch für Operationen im Ausland gilt. So sind der Besatzung der „Emden“ die Hände gebunden, wenn Piraten in ihrem Einsatzgebiet zuschlagen.

„Wir haben die Mittel, aber nicht die rechtlichen Möglichkeiten“, sagt Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), „und bei der Bundespolizei verhält es

sich genau andersherum. Sie hat die Erlaubnis, aber nicht die Mittel.“ Weil Jung überzeugt ist, dass das Problem Seesicherheit nur „von der Bundeswehr effektiv bewältigt werden kann“, führt er in diesen Tagen viele Gespräche, um der Marine ein scharfes Schwert für den Kampf gegen Seeräuber zu verschaffen. „Dazu brauchen wir eine Klarstellung im Grundgesetz“, sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung. Mit einer Änderung des Bundestagsmandats für die Anti-Terror-Operation am Horn von Afrika sei das Problem nicht zu lösen.

Jung wünscht sich eine Änderung der Grundgesetzartikel 35 und 87a. Hier müsste den Streitkräften die Erlaubnis erteilt werden, gegen Kriminelle einzuschreiten, wenn die polizeilichen Mittel dafür nicht ausreichen. Bisher ist die SPD gegen eine solche Grundgesetzänderung. Sie befürchtet, dass damit Bundeswehreinräumungen im Inland ermöglicht werden.

Offenbar schrumpft bei der SPD-Fraktion im Bundestag, aber auch bei den Grünen der Widerstand gegen die von der Union angestrebte „Klarstellung“. Jung hat in dieser Woche im Europa-Ausschuss des Parlaments die missliche Lage der Marine erläutert und ist dem Vernehmen nach auf Verständnis gestoßen. Seither ist er optimistisch, sein

Ziel noch vor der Bundestagswahl 2009 erreichen zu können. Wie er den Koalitionspartner SPD auf seine Seite ziehen will, verrät Jung noch nicht. Er sagt nur: „Wir sind im Gespräch, ein Konsens ist möglich, wir sollten alsbald zu einer Verständigung kommen.“

Der Druck, den Jung und andere Unionspolitiker in Berlin ausüben, wird von Deutschlands Verbündeten, aber auch von den Piraten verstärkt. So hat der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos in dieser Woche in Berlin den Finger in die Wunde gelegt – und vor Somalia werden die Seeräuber immer dreister. Anfang April entführten sie eine französische Luxusjacht.

Ihr Reeder zahlte 1,3 Millionen Euro Lösegeld. Vier Wochen später wurde ein spanisches Fischerboot gekapert. Hier gab es die Gangster mit 770 000 Euro Lösegeld zufrieden. Seit Ende vergangener Woche befinden sich ein niederländisches und ein deutsches Schiff aus Lübeck in der Gewalt somalischer Piraten. Das internationale Schiffsverkehrs-büro in Kuala Lumpur hat in diesem Jahr am Horn von Afrika bereits 31 Piratenangriffe gezählt. Tendenz steigend.

Jung mag sich damit nicht abfinden: „Als Exportweltmeister müssen wir zur Sicherheit der Handelswege aktiv beitragen.“

## „Zur Sicherung der Handelswege beitragen“